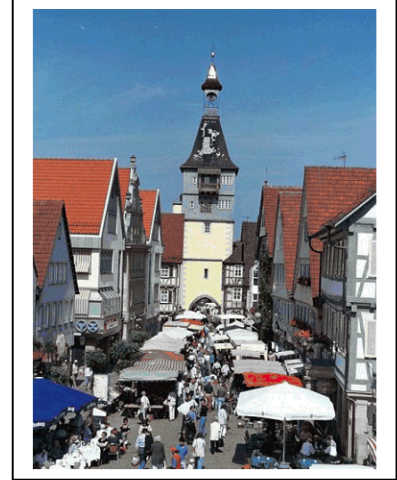


Blick vom SPD Torturm



Ein kommunalpolitisches Infoblatt der SPD Winnenden

Die Grenzen des ehrenamtlichen Engagements in Winnenden (am Beispiel Hanweiler-Schelmenholz)

Da gibt es seit über vier Jahren einen Grundschulförderverein, in welchem sich Bürger aus Hanweiler und Schelmenholz u. a. für eine Sporthalle einsetzen, deren Bedarf durch die Stadt längst festgestellt ist, die aber von derselben nicht finanziert werden kann. Architektenentwurf und viele gute Ideen zum Eintreiben von Geldern liegen vor, die Stadtverwaltung wird von diesen Plänen unterrichtet, das bürgerschaftliche Engagement der Vereinsmitglieder ausdrücklich angeboten und die Bereitschaft zur Kooperation mit der Stadt signalisiert...

Aber die Stadt hat viel größere Pläne. Für viel Geld wird eine Gesellschaft für Kommunalentwicklung beauftragt, welche zu der Erkenntnis

seiner entsprechenden Klausurtagung des Gemeinderates werden durch die bezahlten Profis von KE in der Gemeinderatssitzung am 22. Februar öffentlich vorgestellt und durch einen Analyseplan ergänzt. Anderthalb Stunden dauert diese Präsentation, an deren Anschluss im nächsten Tagesordnungspunkt das Bürgerengagement von Hanweiler und Schelmenholz abgewatscht wird: eine unnötige Schulbezirksänderung wird beschlossen und damit dem aktiven Förderverein die Handlungsgrundlage entzogen!

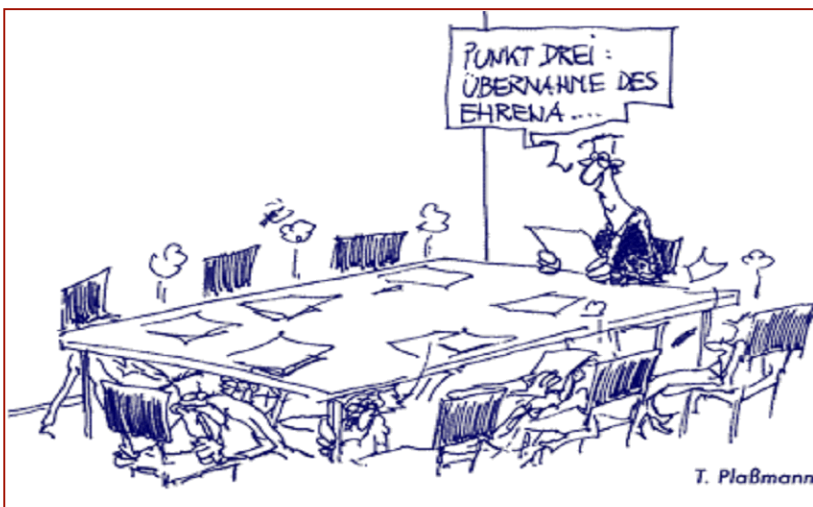
Aber es geht weiter: In einem großen Zeitungsaufruf am 4. Juni unter der Überschrift „In der Planungsworkstatt liegt die Zukunft“ lädt die Stadt zu einer Informationsveranstal-

Eine ähnliche Veranstaltung in der Nachbargemeinde Korb lockte immerhin rund 200 interessierte Bürgerinnen und Bürger hinter dem Ofen hervor. Und in Winnenden? Gerade mal 10 Leute kommen zu dieser Veranstaltung, darunter ein Ehepaar aus Hanweiler, das ganz klar seinen Einsatz verweigert, nachdem die Stadt sich im Februar geweigert hatte, seinen Einsatz für die Sporthalle anzunehmen...

Was läuft schief in Winnenden? Wieso schafft die Große Kreisstadt nicht, was im kleinen Korb möglich ist? Sind die Winnender wirklich so desinteressiert und bequem, wie der OB mutmaßt, oder liegt es vielleicht einfach daran, dass Engagement (= persönlicher Einsatz, leidenschaftliches Eintreten für etwas) viel mehr Freiheit, eigene Einsicht und Begeisterung sowie Spaß an der Sache braucht als einen „Masterplan“ und eine vorgegebene Marschrichtung durch die Stadtverwaltung?

Das wirklich Schlimme ist doch, dass es stimmt, was erkannt wurde: die Stadt braucht ihre Bürger und deren Engagement! Und letztlich ist es auch eine Chance für die Bürger, sich aktiv in das politische Geschehen und in die Gestaltung ihres Lebensraumes einzubringen – aber durch Überheblichkeit („die Bürger brauchen die Stadt“) verhindert man schon die kleinen Projekte und wird mit den großen gar nicht erst anfangen können...

Elisabeth Ludwig



gelangt, dass nur mit kostenlosem Bürgerengagement die vielen Ziele einer geplanten Stadtentwicklung realisiert werden können. Ergebnis-

tion ins Rathaus ein, um Bürger für die Realisierung ihrer Leitprojekte und die Arbeit in ihren Planungsworkstätten zu gewinnen...

Kurzkommentare

Abbau der Arbeitslosigkeit

Landauf und Landein verkünden alle Politiker, wir brauchen Wachstum und Innovationen, um die Arbeitslosigkeit zu senken. Das ist zu kurz gesprungen. Allein mit Wachstum und Innovationen ist das nicht zu schaffen. Die Globalisierung – wir sehen es – schafft andere Fakten. Wir müssen auch den Einstieg schaffen, die vorhandene Arbeit gerechter zu verteilen.

Was soll das: die Arbeitenden schaffen immer mehr und die Anzahl der Arbeitssuchenden wird immer größer? Was soll das, die Arbeitenden zahlen immer mehr Steuern, um die Nicht-Arbeitenden zu verhalten?

Erziehung – Schule

Im Gemeinderat stellt sich der neue Rektor für die Böhringer Hauptschule vor.

Hierbei kommt die Sprache auf die Abgänger und was sie dann tun.

In diesem Jahr hat die Schule 60 Abgänger.

Was meinen Sie, wie viele haben einen Lehrvertrag von diesen 60 Abgängern?

Antwort: 5! Ja, richtig gelesen: fünf.

Die anderen gehen in irgendeine Warteschleife. Kommentieren Sie selbst.

Rechtsschreibreform

Lange, lange wird über die Rechtsschreibreform gestritten und diskutiert. Vielleicht dauert es deswegen so lange, weil immer weniger Menschen Deutsch richtig können. Die Ministerpräsidentenkonferenz beschloss vor kurzem den verbindlichen Start der Rechtsschreibreform im Sommer. Was passiert? Die Herren Stoiber und Rüttgers scheren aus. Herr Wulf überlegt noch.

Wahnsinn! So führt man demokratisches Verhalten ad absurdum. Erst mitbeschließen und dann wegdrücken. Dieser Wahnsinn ist Methode.

Lieber Leser: Bitte wundere Dich dann nicht, wenn die Wahlbeteiligung sinkt. Aber: Ist das die richtige Reaktion? Wird es dann nicht noch schlechter?

Ein Oberbürgermeister ist unerträglich...

... wenn er in einer Gemeinderats-Sitzung einer Stadträtin das Mikro abschaltet, bloß weil sie Dinge sagen möchte, die er nicht hören will. Es ist außerdem unerträglich, wenn er in derselben Sitzung (31.5.2005) zu derselben Stadträtin (Marianne Lank von der SPD) sagt: „Ich diskutiere nicht weiter.“ Wozu sind diese Gemeinderatssitzungen denn da? Nicht zum Meinungs-Austausch? Nicht zur offenen Diskussion der gewählten Bürgervertreter? Einfach nur, um zur Kenntnis zu nehmen und abzusegnen, was Herr Fritz sich ausgedacht hat? Da könnte er ja auch ein Rundschreiben an alle Gemeinderäte schicken, und man könnte sich die Sitzungen sparen...

Bericht von der Mitgliederversammlung am Dienstag, den 12. Juli 2005

An altbewährtem Ort (Gaststätte Frohsinn Birkmannsweiler) zu gewohnter Stunde (20 Uhr) traf man sich in vertrauter Runde – nein, nicht ganz: wieder konnte Andreas Herfurth, der Ortsvereinsvorsitzende, ein neues Mitglied in unseren Reihen willkommen heißen. Ja, es gibt sie noch, die Menschen, die in Krisenzeiten sagen ‚Jetzt erst recht!‘. Allerdings hatten die SPD-Beitrittserklärungen nichts mit der Berliner Regierung zu tun – das muss ehrlicherweise gesagt werden. Die klare und bürgernahe Position der Winnender SPD in der Kommunalpolitik war für unsere neuen Mitglieder der Anlass gewesen unseren Ortsverein zu verstärken.

Klar, durchschaubar, am Wohl der Menschen ausgerichtet – wenn Parteien solche Politik vertreten und durchzusetzen versuchen – dann scheint das der Bürger zu honorieren. Ein Beispiel für die Berliner?

Ach ja – damit wären wir auch schon beim eigentlichen Anlass unseres Treffens und mitten im Thema: Das Wahlmanifest der SPD sollte diskutiert werden. Wie soll die Politik einer künftigen SPD-geführten Bundesregierung aussehen? Können wir hier bei uns auf dem Marktplatz vertreten, was sich Franz Müntefering und andere überlegt haben? Was haben wir eigentlich mit der Berliner Politik zu tun? – Nicht wenig! Denn über 1 Million Euro wurden für den Aus- und Umbau der Winnender Schulen aus Bundeszuschüssen finanziert!

Und wenn man sich der erneuerbaren Energien annimmt und in dieser Richtung etwas investieren will, dann werden solche Aktivitäten von einer rot-grünen Bundesregierung auch gefördert. So ganz am Bürger vorbei oder gar gegen ihn regiert man in Berlin durchaus nicht. Darüber waren wir uns schnell einig.

Aber: Manches kommt wohl nicht so unten an, wie es oben geplant wurde und anderes braucht halt erstmal eine Vorlaufzeit, bevor man eine positive Entwicklung spürt. ‚Geduld zum Bohren dicker Bretter‘ brauchst Du als Politiker, das hat mal der Hermann Scheer gesagt (aber wahrscheinlich nicht nur er!). Stimmt aber, egal von wem es stammt.

Die Geduld allerdings scheint manchen Genossen abhanden gekommen zu sein; sie vermissen in der Politik der Bundesregierung den ‚linken Herzschlag‘ und wenden sich deshalb von der traditionsreichen SPD ab und ei-

nem Linksbündnis zu, das eben nicht sozialdemokratisch sondern sozialistisch geprägt ist. Was halten wir in Winnenden von dieser Entwicklung? Auch hier war schnell klar: Die SPD-Politik muss deutlich machen, was in diesem Land an Innovation, sozial ausgewogenen Reformen und Arbeitsmarktpolitik notwendig und möglich ist, was aber auch finanziert werden kann. Sachfragen und Sachentscheidungen sind dementsprechend zu prüfen. In unserer Diskussion wandten wir uns aber vor allem den Personen zu, die die neue Linkspartei anführen: Oskar Lafontaine und Gregor Gysi. Beide waren schon in Regierungsämter berufen worden, beide warfen nach kurzer Zeit das Handtuch, weil sie sich außer Stande sahen, die ihnen anvertrauten Probleme zu bewältigen! Mehr muss man gar nicht sagen, oder? Linkspartei? Abgehakt. Was heißt heute eigentlich ‚links‘? Das wäre mal ein interessantes Thema für eine der nächsten Mitgliederversammlungen!

Jetzt ging es allerdings um das anstehende Wahlmanifest. (Siehe auch den entsprechenden Artikel in dieser Zeitung!) Übrigens ist ein Manifest eine ‚programmatische Erklärung‘; das heißt, wir können keine Regierungskochrezepte erwarten, wie man die Wirtschaft wieder ans Köcheln bekommt. Die anstehenden Probleme (alle bekannt) sind so kompliziert in ihren Ursachen und darüber hinaus mit einander verwoben, dass es von allen gemeinsam eine ‚Riesenkraftanstrengung‘ braucht um Lösungen auf einen guten Weg zu bringen. Wenn die Union meint, sie könne diese Schwierigkeiten mit altbackenen Rezepten wie dem immer wieder genannten Beschneiden der Arbeitnehmerrechte (z.B. Kündigungsschutz) Rechnung tragen, dann macht sie es sich zu einfach. So war die Stimmung auf unserer Mitgliederversammlung zwar nicht euphorisch, aber auch nicht pessimistisch – eher kampflustig. Wer schneidet wie ab bei einer möglichen vorgezogenen Bundestagswahl im Herbst? Die Frage durfte sich jeder in einem Wahlquiz selbst beantworten. Wer gewinnt das Quiz, wer die Wahl? Wir werden sehen

Ingrid Kaesler-Goretzki

Das Wahlmanifest der SPD - Kernaussagen:

Arbeitnehmerrechte: Die SPD will der Garant für die Rechte der Arbeitnehmer bleiben. Zum Wahlprogramm gehört deshalb die Garantie für den vollständigen Erhalt des Kündigungsschutzes, der Tarifautonomie und der Gültigkeit der Flächentarifverträge.

Arbeitsmarkt: An der Agenda 2010 von Bundeskanzler Schröder hält die Partei fest, will allerdings nachbessern. So erhalten ältere Arbeitnehmer künftig länger Arbeitslosengeld I. Auch soll das Arbeitslosengeld II in Ostdeutschland auf das Westniveau angehoben werden.

Bildung: Die SPD spricht sich klar gegen Studiengebühren im Erststudium und für den Erhalt des BAföG aus.

Bürgerversicherung: Beamte und Selbstständige werden „in die solidarische Krankenversicherung“ einbezogen. Neben dem Erwerbseinkommen sollen Kapital- und Zinseinkünfte in die Finanzierung fließen, Mieteinnahmen aber nicht. Mit diesem Modell einer Bürgerversicherung will die SPD gegen das Prämienmodell der Union punkten.

Elterngeld: Mütter oder Väter sollen im ersten Lebensjahr des Kindes bei Aussetzen der Berufstätigkeit ein Elterngeld erhalten. Die Höhe der Zahlung orientiert sich am Arbeitslosengeld I und läge damit bei 67% des Einkommens.

Konjunktur: Zur Ankurbelung der Konjunktur werden in den kommenden vier Jahren für den Ausbau von Straßen- und Schienennetz zusätzlich zwei Milliarden Euro zur Verfügung gestellt.

Mindestlohn: Die Tarifvertragsparteien werden aufgefordert, bundeseinheitliche Mindestlöhne in allen Branchen zu vereinbaren. Andernfalls wollen die Sozialdemokraten „Maßnahmen für einen gesetzlichen Mindestlohn“ ergreifen.

Steuern: Die SPD wollen Topverdiener stärker zur Kasse bitten. Die Gelder sollen für Bildung und Forschung eingesetzt werden. Der geplante Zuschlag von drei Prozentpunkten auf den Spitzensteuersatz von 42% gilt ab einem Einkommen von 250 000€ pro Jahr bei Einzelpersonen und ab 500 000€ pro Jahr bei Verheirateten.

Unternehmenssteuer: Kleinere und mittlere Unternehmen sollen künftig für privat entnommene Gewinne Einkommenssteuer bezahlen, für in der Firma verbleibende Gewinne jedoch die günstigere Körperschaftsteuer, so wie bisher nur die Konzerne. Die Körperschaftsteuer soll von 25 auf 19% reduziert, Handwerk und kleinere Betriebe von der Gewerbesteuer faktisch freigestellt werden.

Erwin G. Halter

Mehr Informationen zum Wahlmanifest erhalten Sie auf der SPD-Homepage unter www.spd.de

SPD startet Internetseite:

www.die-falsche-wahl.de

Was plant die Union? Was verschweigt sie in ihrem Programm? Welche Vorhaben kleidet Angela Merkel in wolkige Formulierungen? Welchen Lacher produziert Guido Westerwelle? Wieso sind CDU/CSU und FDP die falsche Wahl für unser Land?

Antworten finden sich jetzt auf der Internetseite www.die-falsche-wahl.de.

Dort werden CDU/CSU und FDP, ihre Akteure und ihre Pläne in den kommenden Wochen permanent begleitet. Aktuell, kritisch und immer auf den Punkt. Hier heißt es "Vorfahrt für Wahrheit" in der Auseinandersetzung mit dem Unionsprogramm.



Dr. Hermann Scheer ist unser SPD-Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Waiblingen. Er ist Träger des alternativen Nobelpreises.

Winnenden sollte daran denken, ihm zu danken. Die neue B-14 kommt. Nach unendlichen, langjährigen Diskussionen hat die rot-grüne Koalition in Berlin es doch geschafft, die Finanzierung für die neue B-14 sicherzustellen. Ein Gewinner Wunschtraum ist dabei in Erfüllung zu gehen.

Dr. Hermann Scheer geht nicht so gerne auf Feste und Eröffnungen. Er schreibt lieber Bücher.

Sein neues Buch lautet: Hermann Scheer – ENERGIEAUTONOMIE – Eine neue Politik für erneuerbare Energien. Urteilen Sie selbst, was wichtiger ist.

Schlittert Winnenden in die Pleite?

Die Stadt Winnenden rechnet im laufenden Jahr mit einem negativen Ergebnis von 1,1 Mio. EURO. Schon im letzten Jahr wurde ein negatives Ergebnis von ebenfalls einer Million eingefahren.

Rücklagen, die in den vergangenen Jahren gebildet wurden, werden jetzt für den Ausgleich im Verwaltungshaushalt verwendet. Diese Rücklagen stehen somit nicht mehr für Großinvestitionen zur Verfügung. Für die dringend notwendige dritte Sporthalle fehlt das Geld.

Was passiert, wenn die Rücklagen aufgebraucht sind? Hinter den Kulissen tagt die Haushaltsstrukturkommission. Mittlerweile haben wir uns schon fünfmal getroffen. Die Einsicht ist da, wenn nichts passiert, dann fährt der Karren gegen die Wand. Aber die Kraft, hier gegenzusteuern, ist noch nicht gefunden worden.

Das ist der große Unterschied zwischen Reden und dann Tun.

Wir, die SPD-Fraktion, machen dem Bürger von Winnenden gar nichts vor: Es ist illusionär, zu glauben, eine Million EURO könnte einfach so im Verwaltungshaushalt eingespart werden. Es ist zwar schön, stundenlang und mit Hingabe über die Einsparung von 5.000 oder 10.000 EURO zu streiten, nur: Es bringt nichts angesichts des Problemdrucks. Wir, die SPD-Fraktion, wollen den Einstieg in ein Parkierungskonzept für die Innenstadt. Wir, die SPD-Fraktion, werden auch andere, weitere unpopuläre Einschnitte mittragen, wenn sie in einem Gesamtpaket geschnürt sind. Weitere einseitige Kürzungen bei Sozialem und Kultur lehnen wir ab. Wir, die SPD-Fraktion, sind dafür, dass die anderen Bereiche auch dran glauben müssen.

Ich habe schon in verschiedenen Haushaltsreden darauf hingewiesen, dass eine Reform der Ge-

meindefinanzen notwendig ist, aber nichts ist geschehen.

Der Bund braucht Geld. Die Länderhaushalte, auch die der von CDU geführten Länder, sind teilweise verfassungswidrig! Der Kloß im Hals wird immer dicker, wenn man sich dann als Kommunalpolitiker anhören muss: Die Städte und Gemeinden stehen doch im Vergleich zu Land und Bund ganz komfortabel da! Hier kann ich nur ganz sarkastisch fragen: Was ist der Unterschied zwischen tot und mausetot?

Die Städte und Gemeinden sind über den Kreishaushalt mit der „großen“ Politik verbunden.

Ca. 50% des Kreishaushaltes werden ausgegeben für Soziales. Das beruht auf gesetzlichen Vorgaben, der Kreis kann hier nicht einsparen. Die Stadt Winnenden zahlt eine Kreisumlage. Diese Kreisumlage ist in den letzten Jahren gestiegen und es wird prognostiziert, dass sie weiter steigen wird. Laut Haushaltsplan 2005 betrug sie 2003 ca. 8 Mio. EURO und für 2004 waren veranschlagt 9,7 Mio. EURO. Wenn der Anstieg der Kreisumlage nicht wäre, dann ... Städte und Gemeinden sind mit ihrem Kreis verbunden. Beide sitzen im gleichen Boot.

Andreas Herfurth

Impressum

Verantwortlich i.S.d.P.:
Andreas Herfurth,
Haselsteinstraße 10,
71364 Winnenden
Unsere Homepage:
<http://www.spd-winnenden.de>

Redaktion:

Andreas Herfurth,
Thomas Schick
Ingrid Kaesler-Goretzki
Erwin G. Halter
Elisabeth Ludwig

Festlicher Nachmittag der SPD Winnenden am 12. Juni 2005



Gustav Möss feierte seine 75-jährige Parteizugehörigkeit!!



Siegfried Rieger blickte auf 40 Jahre Parteizugehörigkeit zurück!



SPD

JETZT MITGLIED WERDEN!

MITMACHEN.SPD.DE